

Zentrale Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung

Informationen zum Datenschutz gemäß den Artikeln 12, 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Vorwort

Das Referat DI.B.3 der Generalzolldirektion ist die zentrale Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats sind zuständig für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der hiesigen Beschaffungsmaßnahmen, die regelmäßig elektronisch über die e-Vergabepattform des Bundes (www.evergabe-online.de) abgewickelt werden.

Bei der Erledigung dieser Aufgaben verarbeiten sie personenbezogene Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)).

2. Wer wird durch die DSGVO geschützt?

Die DSGVO schützt ausschließlich natürliche Personen, sogenannte „Betroffene“.

Die Grundsätze und Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sollen gewährleisten, dass Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere Ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten gewahrt bleiben.

3. Verantwortlicher im Sinne der DSGVO

Verantwortlich im Sinne der DSGVO für die Datenverarbeitung im hiesigen Beschaffungswesen ist die

Generalzolldirektion

Zentrale Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung

Friedrichsring 35

63069 Offenbach am Main

Telefon: +49 (0) 228 303-0

Telefax: +49 (0) 228 303-99324

E-Mail: DIB3.gzd@zoll.bund.de

De-Mail: DIB3.gzd@zoll.de-mail.de

Internet: www.zoll.de

4. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Generalzolldirektion

Die Datenschutzbeauftragte der Generalzolldirektion ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Datenschutzbeauftragte der Generalzolldirektion

Am Propsthof 78 a

53121 Bonn

Telefon: +49 (0) 228 303-12200

E-Mail: datenschutz.gzd@zoll.bund.de

5. Welche Daten und Quellen nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten (z. B. Kontaktdaten wie Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kontodaten), die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung zur Wahrnehmung der uns übertragenen Aufgaben von Ihnen erhalten haben.

Im Rahmen unserer Tätigkeit kann es auch erforderlich werden, personenbezogene Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Bewerbers oder Bieters (z. B. im Rahmen der Eignungsprüfung) zu erheben und zu verarbeiten. Wir empfehlen Ihnen, die beabsichtigte Weitergabe dieser Daten an die hiesige Beschaffungsstelle gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemäß Ihren datenschutzrechtlichen Verpflichtungen offenzulegen.

Wir verarbeiten erforderlichenfalls auch personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen gewinnen oder die uns zulässigerweise von anderen Behörden oder von sonstigen Dritten berechtigt übermittelt werden (z. B. Handelsregister, Gewerbezentralregister).

6. Zweck der Datenverarbeitung nach Artikel 4 Nr. 2 DSGVO

Zum einen verarbeiten wir personenbezogene Daten gemäß Artikel 4 Nr. 1 DSGVO zur Vertragsanbahnung im Rahmen des Vergabeverfahrens (z. B. mit den Teilnahme- oder Vergabeunterlagen übermittelte Daten).

Anhand der übermittelten Daten muss insbesondere die Prüfung vorgenommen werden, ob die Bieter die persönlichen Eignungskriterien erfüllen können, die für die Vertragserfüllung erforderlich sind (beispielsweise besondere Qualifikationen oder Erfahrungen der zur Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Zum anderen dient die Datenverarbeitung nach erfolgter Zuschlagserteilung der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (z. B. im Rahmen des Leistungsabrufs oder des Zahlungsverkehrs).

7. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt

- aufgrund einer Einwilligung (Artikel 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO),
- zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten im Rahmen der fiskalischen Bedarfsdeckung für Behörden und andere staatliche Organisationen (Artikel 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO); dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind,
- aufgrund rechtlicher Verpflichtungen (Artikel 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 S. 1 lit. b) DSGVO i. V. m. § 3 BDSG) oder
- aufgrund der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Artikel 6 Abs. 1 lit. e), Abs. 3 S. 1 lit. b) DSGVO i. V. m. § 3 BDSG).

8. Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten sind insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hiesigen zentralen Beschaffungsstelle an den Dienstorten Freiburg, Offenbach und Friedberg, welche für die Bearbeitung der einzelnen Vorgänge zuständig sind.

Weiterhin können verantwortliche Personen bei den Bedarfsträgern (z. B. zur fachlichen Auswertung der Angebote oder bei der Vertragsabwicklung), des technischen Supports und Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen (Vergabekammer, Oberlandesgericht, Rechnungshöfe, Innenrevision, Rechnungs- und Preisprüfer, Datenschutz-beauftragte, Ministerien) Kenntnis von Ihren Daten bekommen.

9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden gespeichert, solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens, zur Vertragsdurchführung und -abwicklung erforderlich ist.

Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungszwecks, werden sie regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren Weiterverarbeitung ist aufgrund einschlägiger gesetzlicher bzw. vertraglicher Aufbewahrungsfristen und Dokumentationspflichten erforderlich.

Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), welche bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen können (§§ 195 ff. BGB).

10. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Werden personenbezogenen Daten verarbeitet, hat die betroffene Person das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

- Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht der betroffenen Person ein Recht auf Berichtigung zu.

- Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 17 DSGVO vor, kann die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten verlangen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 18 DSGVO vor, kann die betroffene Person von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung verlangen.

- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

- Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 21 DSGVO vor, kann die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen.

- Widerrufsrecht bei Einwilligung (Artikel 7 Abs. 3 DSGVO)

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO)

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt.

Zuständige Beschwerdestelle ist die

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und
Informationsfreiheit
Graurheindorfer Str. 153
53117 Bonn

Telefon: +49 (0) 228-997799-0

Fax: + 49 (0) 228-997799-5550

E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de